

Vertraulich zu behandeln
bis zur ersten öffentlichen
Beratung in den Gremien
des Gemeinderats

Stadt Heidelberg
Dezernat I, Kämmereiamt

**Haushaltsjahr 2004:
Bericht über den Verlauf der
Haushaltswirtschaft zum 30.06.2004;
Maßnahmen zum Erreichen des
Haushaltsausgleichs**

Beschlussvorlage

Beschlusslauf!

Die Beratungsergebnisse der einzelnen
Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung	Zustimmung zur Beschlussempfehlung	Handzeichen
Haupt- und Finanzausschuss	14.07.2004	N	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein <input type="radio"/> ohne	
Gemeinderat	28.07.2004	Ö	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein <input type="radio"/> ohne	

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt folgenden Beschluss des Gemeinderats:

- 1. Auf Basis des Berichts über den Verlauf des Haushaltsjahres 2004 wird die vom Gemeinderat zusammen mit der Verabschiedung des Haushalts beschlossene Haushaltssperre i. H. v. 1,0 Mio. € auf die Personal- und Sachausgaben beibehalten.*
- 2. Der Gemeinderat entscheidet nach Vorliegen der Prognose zum 31.08.2004 abschließend über die von der Verwaltung vorgeschlagenen Maßnahmen zur Sicherung des Haushaltsausgleichs 2004.*

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 14.07.2004

Ergebnis der nicht öffentlichen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 14.07.2004

2 **Haushaltsjahr 2004:
Bericht über den Verlauf der Haushaltswirtschaft zum 30.06.2004;
Maßnahmen zum Erreichen des Haushaltsausgleichs**
Beschlussvorlage DS: 0109/2004/BV

Stadträtin Dr. Schuster erbittet bis zur Sitzung des Gemeinderates eine Auflistung der durch Maßnahmen/Projekte gebundenen Mittel aus den Budgetüberträgen.

Dies wird vom Kämmereiamt zugesagt.

Stadtrat Holschuh fragt, wie sich die Mindestbesteuerung von Organschaften in Heidelberg auswirkt.

Herr Lenz erklärt, dass keine Anzeichen für nennenswerte Mehreinnahmen zu erkennen sind.

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt folgenden Beschluss des Gemeinderats:

- 1. Auf Basis des Berichts über den Verlauf des Haushaltsjahres 2004 wird die vom Gemeinderat zusammen mit der Verabschiedung des Haushalts beschlossene Haushaltssperre i. H. v. 1,0 Mio. € auf die Personal- und Sachausgaben beibehalten.*
- 2. Der Gemeinderat entscheidet nach Vorliegen der Prognose zum 31.08.2004 abschließend über die von der Verwaltung vorgeschlagenen Maßnahmen zur Sicherung des Haushaltsausgleichs 2004.*

gez.

.....
Beate Weber

Ergebnis: einstimmige Zustimmung zur Beschlussempfehlung

Sitzung des Gemeinderates vom 28.07.2004

Ergebnis:

Begründung:

1. Ausgangslage für den Haushalt 2004

Am 18.12.2003 hat der Gemeinderat den Haushalt 2004 mit einem Volumen von rd. 403 Mio. € im Verwaltungshaushalt und rd. 65 Mio. € im Vermögenshaushalt beschlossen. Der Haushalt 2004 enthält eine Zuführung vom Verwaltungshaushalt an den Vermögenshaushalt in Höhe der (Mindest-)Zuführung von 3,1 Mio. €.

Diese Zuführung konnte vor dem Hintergrund sinkender Einnahmen (vor allem bei der Gewerbesteuer und den Schlüsselzuweisungen des Landes) im Rahmen der Planung nur erreicht werden, weil die Ausgabeansätze sowohl bei den Personal- und Sachausgaben als auch bei den Zuweisungen und Zuschüssen gekürzt wurden. Einen wesentlichen Konsolidierungsbeitrag haben auch die städtischen Gesellschaften geleistet.

Eine weitere Maßnahme zum Erreichen der Mindestzuführung war die Aufnahme einer Globalen Minderausgabe i. H. v. 1,46 Mio. € in den Haushaltsplan.

Zur Sicherung der Haushaltswirtschaft und zum Ausgleich weiterer unerwarteter Haushaltsbelastungen hat der Gemeinderat eine Haushaltssperre i. H. v. 1,0 Mio. € auf die Personal- und Sachausgaben gelegt.

2. Bericht über den Verlauf der Haushaltswirtschaft 2004 (Stand 31.03.2004)

Am 05.05.2004 hat die Verwaltung den Haupt- und Finanzausschuss über den Verlauf des Haushaltsjahres informiert (DS: 0022/2004/BV). Bereits zu diesem Zeitpunkt verlief die Einnahmeentwicklung (insbesondere bei der Gewerbesteuer, der Einkommensteuer und den Schlüsselzuweisungen) so negativ, dass absehbar war, dass die Einnahmeausfälle nur zum Teil durch Minderausgaben (Gewerbesteuerumlage) kompensiert werden können.

Insgesamt belief sich die Verschlechterung auf **10,6 Mio. €**. Dies hätte bedeutet, dass eine **Zuführung an den Vermögenshaushalt** nicht möglich gewesen wäre, sondern vielmehr eine Zuführung vom Vermögens- an den Verwaltungshaushalt hätte erfolgen müssen. Um die veranschlagte Zuführung an den Vermögenshaushalt i. H. v. 3,1 Mio. € dennoch zu erreichen, wurden folgende Maßnahmen ergriffen:

- Vorläufige Beibehaltung der vom Gemeinderat beschlossenen Haushaltssperre 1,0 Mio. €
- Beibehaltung der internen Bewirtschaftungssperre, damit der Gemeinderat im Herbst über entsprechende Maßnahmen entscheiden kann

Unsere Prognose hatten wir für den Bereich der Steuereinnahmen unter den Vorbehalt der Ergebnisse der Steuerschätzung vom Mai 2004 gestellt.

3. Bericht über den Verlauf der Haushaltswirtschaft 2004 (Stand 30.06.2004)

Entgegen der allgemeinen Erwartung hat die Steuerschätzung vom Mai 2004 keine zusätzlichen Verschlechterungen für die Kommunen gebracht. Trotz sinkender Einnahmen bei der Einkommensteuer insbesondere durch das Vorziehen der 3. Stufe der Einkommensteuerreform geht das Land Baden-Württemberg davon aus, dass die Ausschüttung im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichs in dem Umfang vorgenommen werden kann, wie sie im Haushaltserlass vom November 2003 angekündigt worden war. Diese Entwicklung – zusammen mit einer hohen Nachzahlung für das Vorjahr durch eine nachträgliche Anhebung des Grundkopfbetrages durch das Land – verbesserte das Ergebnis bei den Schlüsselzuweisungen deutlich.

Weitere wesentliche Veränderungen gegenüber der letzten Prognose ergaben sich insbesondere bei den Einnahmen im Bereich der Sozial- und Jugendhilfe (überwiegend weitere Mindereinnahmen durch die Novellierung des Flüchtlingsaufnahme- und des Eingliederungsgesetzes für Spätaussiedler durch die Landesregierung zum 01.04.2004) sowie bei den Zinsausgaben (mit dem Übergang der Bäder an die SWH gehen auch die für die Bäder aufgenommenen Kredite einschließlich Zins- und Tilgungslasten an die SWH über). Insgesamt stellt sich die Situation zur Zeit wie folgt dar (Angaben in Mio. €):

Einnahmen

Mindereinnahmen bei

• Gewerbesteuer	-11,5
• Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	-1,9
• Kostenbeiträge / Erstattungen bei der Sozial- und Jugendhilfe	-1,0
• Grunderwerbsteuer	-0,7
• Gebühren, Bußgelder. u. a.	-0,7
• Zinseinnahmen	-0,4
• Sonstige Mindereinnahmen	-1,3

Mehreinnahmen bei

• Schlüsselzuweisungen	+1,4
• Sonstige Mehreinnahmen	+0,7

Einnahmen insgesamt

-15,4

Ausgaben

Mehrausgaben bei

• Personalausgaben (insb. bei der Beamtenversorgung / Beihilfe)	+0,3
• Leistungen der Sozial- und Jugendhilfe	+0,2

Minderausgaben bei

• Gewerbesteuerumlage	-6,0
• Zinsausgaben	-1,0
• Sonstige Minderausgaben	-0,1

Ausgaben insgesamt

-6,6

Verschlechterung insgesamt

-8,8

4. Maßnahmen zur Sicherung des Haushaltsausgleichs

Um die veranschlagte Zuführung an den Vermögenshaushalt i. H. v. 3,1 Mio. € zu erreichen, sollen **folgende Maßnahmen** ergriffen werden:

Beibehaltung der vom Gemeinderat beschlossenen Haushaltssperre	1,0 Mio. €
Beibehaltung der internen Bewirtschaftungssperre, damit der Gemeinderat im September Entscheidungsspielraum über folgende Maßnahmen hat:	
• Erhöhung der Haushaltssperre bei den Sachausgaben (Gruppierung 50 bis 66) um weitere	2,8 Mio. €
• Herausnahme der nicht durch Maßnahmen / Projekte gebundenen Budgetüberträge der Ämter von 2003 nach 2004 aus der Bewirtschaftung als freiwilliger Solidarbeitrag zur Haushaltskonsolidierung i. H. v.	3,7 Mio. €
Auflösung der Rückstellung für Gebäudeunterhaltung	0,6 Mio. €
Verbesserungen durch die genannten Maßnahmen insgesamt	8,1 Mio. €
dann noch vorhandene Deckungslücke	0,7 Mio. €

Die Verwaltung bemüht sich intensiv, die noch offene Deckungslücke i. H. v. 0,7 Mio. € zu schließen.

Zum 31.08.2004 werden wir erneut eine Prognose über den Verlauf der Haushaltswirtschaft erstellen. Auf dieser Basis sollen die o. g. Maßnahmen – unter Berücksichtigung der dann aktuellen Entwicklung – dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

gez.

Beate Weber